

SOLWODI zu Besuch bei CDU-Frauen-Union – einhellige Meinung:

„Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere!“

Braunschweig. „Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere, sondern eine Verletzung der Menschenwürde weiblicher Menschen“, so die Braunschweiger SOLWODI-Mitarbeiterin Luca Lehmann zum Vorstand der Frauen-Union im CDU-Landesverband Braunschweig. Die Vorsitzende Dorothea Dannehl hatte Luca Lehmann gebeten, den Vorstandsfrauen die Arbeit der Braunschweiger SOLWODI-Fachberatungsstelle für Migrantinnen in Not – darunter viele Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution – vorzustellen. In der anschließenden Diskussion waren sich die Christdemokratinnen am Tisch schnell einig: Prostitution allgemein, auch die freiwillige, sei nicht mit dem Grundgesetzartikel „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ vereinbar. „So lange Männer Frauen kaufen, ist die Gleichberechtigung nicht verwirklicht“, betonte Dorothea Dannehl.

Zuvor hatte Luca Lehmann das im Januar 2002 in Kraft getretene rot-grüne Prostitutionsgesetz (ProstG), das die Prostitution in Deutschland legalisierte, kritisiert. Durch die weitgehende Gleichstellung von „so genannten sexuellen Dienstleistungen“ mit regulären Beschäftigungsverhältnissen habe es das Rotlichtmilieu „salonfähig“ gemacht. Mehr noch: Wegen der Streichung des Straftatbestandes „Förderung der Prostitution“ habe die Polizei weniger Zugriffsmöglichkeiten, um Zwangsprostituierte zu identifizieren und aus Bordellen zu befreien. Und die derzeitige Bundesregierung habe in ihrem Bericht über die Auswirkungen des ProstG ausdrücklich darauf hingewiesen – Zitat: „Im Übrigen ist es Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, die problematischen Auswirkungen der Kommerzialisierung von Sexualität auf die in der Gesellschaft präsenten Bilder von Geschlechterrollen und deren nachteilige Auswirkungen auf das Ziel einer gleichberechtigten Partnerschaft in den Blick zu nehmen.“

Im Januar 2007 hatte die Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen auf einer Aufsehen erregenden Pressekonferenz in Berlin eine Reform des umstrittenen ProstG angekündigt. U. a. stellte die christdemokratische Politikerin folgende Maßnahmen in Aussicht:

- Freier, die wissentlich Zwangsprostituierte aufsuchen, sollen bestraft werden.
- Sexualekontakte mit minderjährigen Prostituierten unter 18 Jahren (bisher 16 Jahre) sollen ebenfalls strafrechtlich geahndet werden.
- Arbeitsvermittlung rund um die Prostitution soll ausgeschlossen werden; Prostitution darf rechtlich nicht als zumutbare Option zur Sicherung des Lebensunterhalts gelten.
- Strafandrohungen für die verschiedenen Formen der Ausbeutung von Prostituierten und die Zuhälterei sollen überprüft und gegebenenfalls verschärft werden.
- Ausstiegswillige Prostituierte sollen es künftig leichter haben, in Qualifizierungs- und Förderprogramme zu kommen.

Bislang allerdings sind diese Reformvorhaben nicht umgesetzt worden. Der Vorstand der Frauen-Union im CDU-Landesverband Braunschweig will nun auf eine baldige Umsetzung drängen. Dorothea Dannehl: „Wir werden das Thema Prostitution zu unserem Thema machen.“

Weitere Informationen bei:

Luca Lehmann, SOLWODI Niedersachsen e.V., Beratungsstelle Braunschweig,
Bernerstr. 2, 38106 Braunschweig, Tel. 0531/ 47 38 112, E-Mail lehmann@solwodi.de.

Dorothea Dannehl, Frauen-Union der CDU, Schaperstraße 112, 38375 Röpke, Tel.
05355 / 19 46, D.Dannehl@t-online.de

Siehe auch Artikel „Prostitutionsgesetz: Zuhälter-Profit statt Prostituierten-Rechte“ im
SOLWODI-Rundbrief Nr. 77 September 2008 (www.solwodi.de/ Rubrik „Rundbrief“
/ „Aktuelle Ausgabe“)!



von links nach rechts: Luca Lehmann , Ute-Margit Weisse, Cerstin Weber-Püschner, Eva-Maria Triebe, Christine Piefke, Dorothea Dannehl, Beatrice Marnette´-Kühl, Manuela Hübscher